Tagebau, Bahnverkehr und Rodungsarbeiten statt. Bei diesen werden von RWE eingekaufte Unternehmen, die sich an dem Raubbau beteiligen, aufgedeckt und blockiert.

Rodungen und Gegenaktionen

Am 1. Oktober wird das Unternehmen „Kaiser“ blockiert und die Besetzung „Grubenblick“ gestartet. Das Unternehmen Kaiser baut die ehemalige Hambachbahn ab. Bei der Blockade werden Aktivist_innen von den Arbeiter_innen mit Hämmern und Brechstangen angegriffen und verletzt. Der Firmenchef Heinz-Bert Kaiser beteiligt sich faustschwingend und spricht eine Morddrohung gegen die Aktivist_innen aus. Die Besetzung „Grubenblick“ befindet sich in dem Bereich des Hambacher Forstes, wo die Rodungen durchgeführt werden sollen. In den Tagen danach werden Barrikaden gebaut, es kommt zu Blockaden und Zusammenstößen mit dem von RWE eingesetzten Sicherheitspersonal. Die Polizei zieht sich für diese Zeit aus dem Hambacher Forst zurück.

15. Oktober: eine Aktivistin fällt aus einem der Bäume von „Grubenblick“. Barrikaden werden von Aktivistinnen entfernt, um dem Krankenwagen die Zufahrt zu gewährleisten. Sie wird mit einem Helikopter ins Krankenhaus gebracht und mehrmals operiert. Während dieser Situation hat die Polizei nichts anderes zu tun, als die im Krankenhaus befindliche Person zu verhören und eine Person im Wald festzunehmen. Eine Polizistin erklärt „dass davon auszugehen ist, dass ihr (Besetzer) diese Person aus dem Baum geschubst habt”.

Am 25. und 29. Oktober kommt es wieder zu Blockaden von Rodungsarbeiten, indem auf die Maschinen geklettert wird. Dabei fängt der Sicherheitsdienst an, Aktivist_innen durch den Wald zu jagen und sie zu verletzen. Bei der Aktion am 29. Oktober kettet sich ein Aktivist mit einer Halsfessel an die Rodungsmaschine. Der Sicherheitsdienst versucht diese Blockade zu räumen, indem er die Aktivist_innen von der drei Meter hohen, durch den Regen stark rutschigen Maschine runterzuziehen versuche. Dabei wird der festgekettete Aktivist so umgestoßen, dass er mit seinem Gewicht in die Halsfessel fällt und ihm die Luft

abgeschnürt wird. Als der Aktivist blau anläuft, lässt der Sicherheitsdienst ab. Die eintreffenden Polizist_innen aus Düren sind sichtlich überfordert. Mit Pfefferspray bewaffnete Polizei umstellt die Maschine und fordert weitere Unterstützung aus Aachen an. Diese stürmt schließlich die Maschine, fixiert den Aktivisten und öffnet die Halsfessel. Daraufhin wird er gefesselt und mit “Hilfe” von Schlagstöcken abgeführt. Ihm wird ein Suizidversuch vorgeworfen, was juristisch in Richtung Unmündigkeit des “Beschuldigten” geht und psychiatrische Auseinandersetzungen zur Folge haben könnte, wenn sie mit der Anschuldigung durchkommen.

Eskalation und die Instrumentalisierung von Munitonsfunden aus dem 2.Weltkrieg

Am Morgen des 30. Oktober gehen die Rodungsarbeiten weiter. Das Aufgebot an Sicherheitskräften ist ungewohnt stark, deshalb kommt eine andere Strategie zum Einsatz: Um Fällungen zu stören, bzw. die Waldarbeiter und Securities zu irritieren, werden auf dem Waldboden Feuerwerkskörper gezündet. Der Sicherheitsdienst reagiert auf diese ihm neue Ebene der Auseinandersetzung mit ungewohnter Dynamik und einem plötzlichen Angriff. Vier Personen werden von dem Sicherheitspersonal zu Boden geworfen, gewürgt und unter Androhung von weiteren physischen Schmerzen in den Schlamm gedrückt. Dabei wird eine Person ohnmächtig. Um die Securities abzuwehren kommen Pfefferspray und Latten zum Einsatz – in dieser Situation entstehen die von RWE beklagten Verletzungen. Unterdessen besetzen weitere Aktivist_innen eine Barrikade („Der Haufen“) – mit dem Ziel, die weitere Räumung hinauszuzögern. Die vom Sicherheitsdienst gerufene Polizei bringt die vier Ingewahrsamgenommen auf's Polizeirevier und nimmt zwei weitere Menschen fest. Bei dem nun folgenden Einsatz werden von den Polizist_innen einige Munitionskörper gefunden, die noch aus den beiden Weltkriegen stammen. Daraus wird von Polizei und Medien eine „Bombenbedrohung“ durch linke Aktivist_innen konstruiert und allen Festgenommenen ein Verstoß gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Zwei Aktivist_innen haben sich in der Barrikade angekettet, die aus mehreren Tripods, Zaunelementen und Stacheldraht konstruiert war. Die Polizei muss eine Hebebühne einsetzen. Bei der Räumung geht die Polizei sehr fahrlässig vor – Sicherheitshinweise werden ignoriert und dadurch auch das Leben der Aktivist_innen in Gefahr gebracht. Als direkt im Anschluss auch die Baumbesetzung geräumt wird, ist es bereits dunkel. Von den drei Personen auf den beiden Eichen haben sich zwei angekettet. Zwei Hebebühnen kommen zum Einsatz. Ein Aktivist, der außerhalb der Besetzung auf einen